



FRÜHJAHRSSYNODE 2023

24.-25. MÄRZ

Gesprächskreisleiter
Prof. Dr. Martin Plümicke
Martin.Pluemicke@synode.elkw.de

Redaktion: Elisabeth Holm
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

**OFFENE
KIRCHE**
Evangelische Vereinigung in Württemberg

www.offene-kirche.de



[fb/offene-kirche.de](https://fb.offene-kirche.de)



[offene.kirche.wue](https://www.instagram.com/offene.kirche.wue)

Bischof

BISCHOFSBERICHT

Landesbischof Gohl machte in seinem Bischofsbericht allen Mut, sich „weg von der Angst Fehler zu machen – hin zu mehr Fehlerfreundlichkeit und Experimentierfreude“ weiterzuentwickeln. Die Kirche dürfe nicht stillstehen. Den ausführlichsten Teil seiner Rede überschrieb der Bischof mit „unterwegs in einer verunsicherten Kirche“. Vom Mitgliederschwund, den damit einhergehenden geringer werdenden Finanzmitteln und den notwendigen Umbauprozessen innerhalb der Landeskirche spannte er den Bogen über den Krieg in der Ukraine mit aus seiner Sicht notwendiger Neujustierung friedensethischer Grundpositionen bis hin zum Umgang mit Flüchtlingen. Schließlich nannte Bischof Gohl 6 vordringliche Aufgaben für seine/ unsere weitere Arbeit:

1. Die Stärkung kirchlicher Arbeit in den Gemeinden
2. Die Weiterentwicklung des Pfarrdienstes
3. Den weiteren Kulturwandel zum Schutz vor sexualisierter Gewalt
4. Die Auseinandersetzung mit dem Krieg in der Ukraine
5. Die Ablösung von Staatsleistungen
6. Die Auseinandersetzung mit der Klimakrise.

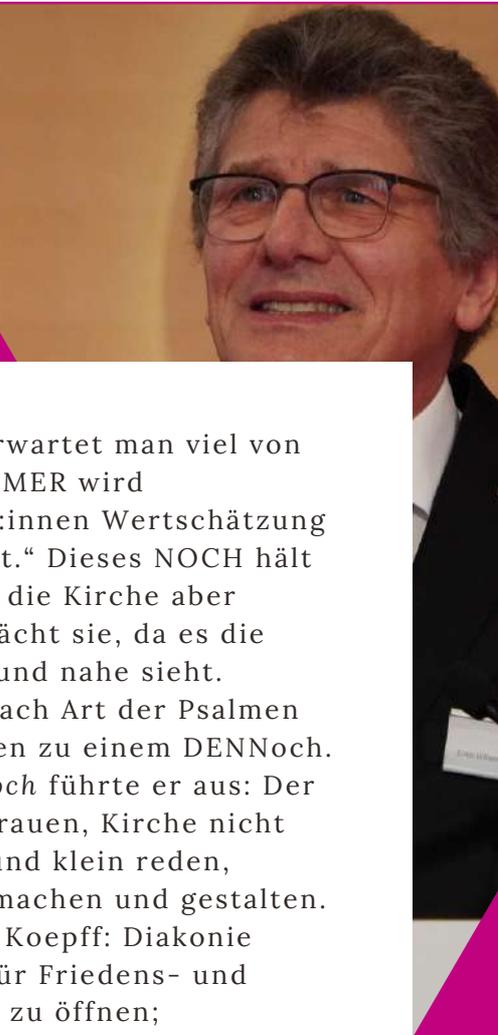
Hellger Koepff (Ravensburg/Biberach) griff in seinem Votum eine Formulierung des Berichts heraus:

„NOCH IMMER erwartet man viel von Kirche, NOCH IMMER wird Kirchenvertreter:innen Wertschätzung entgegengebracht.“ Dieses NOCH hält seines Erachtens die Kirche aber zurück und schwächt sie, da es die Kirche dem Abgrund nahe sieht. Das *noch* sollte nach Art der Psalmen umgeformt werden zu einem DENNOCH. Und dieses *dennoch* führte er aus: Der Kirche etwas zutrauen, Kirche nicht weiter schwach und klein reden, Kirche lebendig machen und gestalten. Dazu gehört laut Koepff: Diakonie stärken, Räume für Friedens- und Flüchtlingsarbeit zu öffnen; unterschiedlichste, vielfältigste Formen von Gemeinde tolerieren und fördern; Rahmenbedingungen für die Gesundheit von Pfarrer:innen schaffen; Student:innen Perspektiven für ihr Berufsleben eröffnen u.a.m.

Prof. Dr. Martin Plümicke (Reutlingen) appellierte in seinem Beitrag an neue, innovative und kreative Ideen, die die Kirche voranbringen sollen:

1. Die Abschaffung der Residenzpflicht, um langjährige Vakanzen zu verhindern
2. Die Gemeinde als Ort des Zusammenlebens und Glaubens zu verstehen, der auch ohne Pfarrer:in gestaltet und erlebt werden kann
3. Mutiger zu werden, die Finanzkraft der Kirche mit Vertrauen in die Zukunft wahrzunehmen und somit nicht schon jetzt die extremen Einsparungen zu dulden.

-Hans-Martin Hauch



Neue Ideen

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER SYNODE

**Die Synode wird bunter!
Zuwahl von Vertreter:innen
internationalen Gemeinden
in die Landessynode.**

Die Landessynode hat nahezu einstimmig der Zuwahl von bis zu zwei Vertreter:innen des Konvents der Internationalen Gemeinden in Württemberg zugestimmt. Sie sollen Gaststatus mit Rederecht aber ohne Stimmrecht erhalten. Eine Zuwahl von Personen mit Stimmrecht hatte die Synode bereits am Beginn der Legislaturperiode mit Verweis auf das Urwahlprinzip abgelehnt.

Die Beteiligung der internationalen Gemeinden in der Landessynode ist ein Schritt auf dem Weg zur interkulturellen Öffnung der Landeskirche.

Yasna Crüsemann
(Geislingen-Göppingen),
Vorsitzende des Ausschusses
für Mission, Ökumene und
Entwicklung hob hervor, dass
weltweite Kirche und
Ökumene mitten unter uns
präsent ist.

Durch Migration und Flucht würde nicht nur die Gesellschaft, sondern auch Kirche kulturell vielfältiger, dies solle sich auch in den Gremien unserer Landeskirche abbilden. Migrant:innen in der Kirche sollen so sichtbarer werden und: „Ihre Perspektiven sind wichtig für unsere Beratungen.“

-Yasna Crüsemann



Kürzungen

PFARRPLAN 2030

Oberkirchenrätin Kathrin Nothacker beschrieb ausführlich zu Beginn der Beratungen des Pfarrplans 2030 die Rahmenbedingungen und die Notwendigkeiten. Die Zielzahlen für den Pfarrplan 2030 wurden schon in der Synode im Herbst 2022 diskutiert. Dass gekürzt werden müsse, darin waren sich zusammen mit dem OKR alle Synodal:innen einig:

Dr. Antje Fetzer-Kapolnek (Waiblingen) stellte die Ergebnisse der seit Herbst 2022 erfolgten Beratungen des Ausschusses für Kirchen- und Gemeindeentwicklung vor, denen sich auch der OKR anschließen konnte. Die Kürzung von 307 Stellen auf nunmehr 1078 Stellen wurde im Anschluss an den im Herbst 2022 angenommenen Änderungsantrag, nachdem die Kürzungsquote verringert werden sollte, mehrheitlich beschlossen. Somit konnten von ursprünglich geforderten 70 Pfarrstellen immerhin 42 mehr erhalten werden.



Unter diesen Bedingungen trägt die OFFENE KIRCHE den Zielzahlenvorschlag einheitlich mit.

Ulrike Sämann (Esslingen) wies dabei ausdrücklich darauf hin, dass die gewonnenen Stellen nicht als Gemeindepfarrstellen, sondern als Bezirkssonderpfarrstellen wirksam werden.

Erhard Mayer (Heilbronn) stellte in seinem Votum einen Antrag, der OKR möge in Abstimmung mit dem theologischen Ausschuss einen Maßnahmenplan erstellen, um die gewonnenen Stellen besetzen zu können. Dieser solle bis Herbst 2024 vorgelegt werden, sodass die entsprechenden Beschlüsse bezüglich Pfarrplan und Haushalt gefasst werden können. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Dr. Hans-Ulrich Probst (Tübingen) sprach über die viel diskutierte Frage der alternativen Zugänge zum Pfarrberuf. Er betonte im Rückblick auf die Tagung im Herbst 2022 deutlich: Die Gleichstellung alternativer Zugänge zum Pfarrberuf mit dem universitären Zugang wurde nicht beschlossen. Das Votum des Antrages, welches in der Herbstsynode mehrheitlich verabschiedet wurde, bezog sich auf die Reduzierung der Zielzahlen und der Frage danach, wie die neu gewonnenen Pfarrstellen aufgefüllt werden könnten. Dabei war die Forderung der alternativen Zugänge kein eigener Antrag, sondern lediglich einer der Vorschläge, um Vakanzen zu verhindern.

Haushalt

ECKWERTE ZUR MITTELFRISTIGEN FINANZPLANUNG

Oberkirchenrat Dr. Jörg Antoine stellte die Eckwerte zur mittelfristigen Finanzplanung vor. Besondere Beachtung fanden in seiner 5-Jahres-Prognose die derzeit starken Kirchenmitgliedschaftsrückgänge, die seiner Einschätzung nach durch die Entwicklungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, die Inflation, die Energiekrise und gestiegene Zinsen beeinflusst werden. Antoine verwies darauf, dass in der Landeskirche eine Negativdifferenz zwischen Einnahmen und Ausgaben bestehe und diese für den Haushalt der Landeskirche selbst nur durch Rücklageentnahmen auszugleichen sei. Anders sieht es derzeit zum Glück für die Kirchengemeinden aus.



Für die Landeskirche selbst gelte, dass erst 2027 sich die Situation durch die Entlastungen des Pfarrplans wieder verbessern würde. Freilich mit der Einschränkung, dass die Finanzierung der Ruhestände der Babyboomergeneration die Finanzkraft der Landeskirche langfristig einschränken werde. **Eckart Schultz-Berg** (Stuttgart) versicherte an dieser Stelle eindringlich, dass die Versorgung für die Pfarrer:innenschaft und die Mitarbeitenden gesichert sei. Tobias Geiger, Vorsitzender des Finanzausschusses, verglich die derzeitige Haushaltssituation mit einem Segelflug.

Der Aufwind der letzten Jahre sei vergangen, das Segelflugzeug könne ohne diesen Aufwind nicht mehr zu einem langen Flug ansetzen, sondern müsse einen nahen Landeplatz ansteuern. Diese Betrachtung könne allerdings auch entlasten und dazu ermutigen, einen neuen Segelflugplatz zu finden, an dem die Kirche landen darf und soll.



Diesen Gedanken griff **Prof Dr. Martin Plümicke** (Reutlingen) auf, der davor warnte, dass sich die Kirche selbst abschaffe, wenn sie zu viel kürze. Kirche müsse sich den Wind selbst geben, den es brauche, um an einen neuen Landeplatz zu kommen. Und dieser Wind seien die finanziellen Rücklagen, die in einer solchen Notlage, wie sie Oberkirchenrat Antoine beschrieben habe, eingesetzt und nicht gespart werden müssten. Schließlich seien Rücklagen für genau solche Zeiten der Not da. Ohne diesen Wind brächten die Einsparungen das Segelflugzeug unschön zu einem Absturz.

Plümicke riet daher dazu, statt in finanzielle Panik zu verfallen, den Fokus zuerst auf das Gestalten der Bedürfnisse der Gemeinden und erst im zweiten Schritt auf die Einsparungen zu richten.

Plümicke stellte im Hinblick auf den Zuweisungsbetrag für die Kirchengemeinden den Antrag, die allgemeine Ausgleichsrücklage der Landeskirche bei 325 Millionen zu deckeln und die darüberliegenden Einnahmen an die Kirchengemeinden auszuschütten. Diese Forderung wurde in den Finanzausschuss verwiesen und soll in der Sommersynode abgestimmt werden.

Dr. Antje Fetzer-Kapolnek (Waiblingen) ergänzte, dass auch das Klimaschutzgesetz hohe Summen von den Gemeinden fordern werde, welche die Gemeinden aufbringen können müssten.



Kirchenverfassung

STUDENTAG DER LANDESSYNODE

Die Synode thematisierte am Samstagvormittag die Kirchenverfassung.

Die **Offene Kirche** hatte dafür einen Studientag gefordert, um sich dem Thema zu widmen. Der Studientag ging mit ebenfalls von der OK eingebrachten Änderungen der Kirchenverfassung einher. Auch wenn "Kirchenverfassung" vielleicht trocken klingt, so ist gleichzeitig zu betonen, wie wichtig und unverzichtbar die Auseinandersetzung mit dem Thema für die Arbeit der Synode und der Landeskirche hat.

Die Landessynode hat sich mit zwei Vorträgen und einer anschließenden Diskussion der Frage gewidmet, welche Gruppen und Personen in der Leitung der Landeskirche wie zusammenarbeiten. Dabei kam es zu der kritischen Rückfrage, wo die Macht in der Landeskirche läge, wer berechtigt sei, welche Entscheidungen zu treffen.



Prof. Dr. Martin Plümicke (Reutingen) legte in seinen Beiträgen großen Wert auf das gleichberechtigte Miteinander der drei Verfassungorgane (Landessynode, Landesbischof, Oberkirchenrat). In der aktuellen Form der Verfassung sehe er dies nicht voll gegeben. Dies zeige sich in der herausgehobenen Stellung des Landesbischofs, der zum Beispiel die Landessynode einberufe und sie auch ohne Begründung auflösen könne.

Zudem fragte Plümicke kritisch, wie sich der Oberkirchenrat vor den Gemeinden legitimieren könne. Er brachte den Vorschlag der OK vor, um die Akzeptanz des Oberkirchenrats in den Gemeinden zu verbessern: Die Besetzung der Dezernatsleitungen solle vom Landeskirchenausschuss vorgeschlagen, jedoch von der Synode gewählt werden.



Neue Ideen SONSTIGES

Digitales Abstimmungstool

Die Synode beschloss, dass ein digitales Tool für die Abstimmung in der Synode eingeführt wird. Ein solches Tool spart viel Zeit und Nerven und ist für digitale und hybride Sitzungen notwendig. Martin Plümicke versichert für die Arbeitsgruppe, dass ein günstiges und rechtssicheres Tool angeschafft werden soll.

-Holger Stähle

Innovationsprozess

Am 4. Mai 2024 plant die Landeskirche auf Antrag der Synode einen Innovationskongress in der Stadthalle in Reutlingen.

An diesem Kongress sollen innovative Projekte in einer sich rasch wandelnden Welt vorgestellt werden. Für die OK wird Peter Reiff in der Vorbereitungsgruppe des Innovationskongresses mitarbeiten.

-Holger Stähle

Aktuelle Stunde

Die Landessynode widmete sich in ihrer aktuellen Stunde dem neuen Abschlussbericht des Weltklimarates (IPCC), der eindringlich vor den Folgen des Klimawandels warnt.

Die Ozeane könnten demnach bis 2100 einen Anstieg von bis zu einem Meter verzeichnen, die Erde erwärme sich schneller und stärker als bisher angenommen. Der Themenvorschlag wurde von der OK auf Vorstoß von der Synodalen **Ruth Bauer** (Schrondorf/Schwäbisch Gmünd) eingebracht. Es gab eine Vielzahl von aufrüttelnden und ermahnende Wortbeiträge. Ermutigend waren die Worte von **Dekan Eckard Schultz-Berg** (Stuttgart), der darum bat, die Notwendigkeit für den Klimaschutz in Zukunftsgeschichten aufzunehmen. Ein Kind, das er heute taufe, sei 2100 nur wenig älter als er heute, so Schultz-Berg. Beeindruckend war der Vorschlag von **Renate Simpfendörfer** (Göppingen/Geislingen a.d.S): analog zum früheren Pfarrdienst für Kriegsverweigerer heute ein kirchlichen Dienst für Klimaaktivisten einzurichten, der dafür sorgt, dass jungen Menschen die sich für den Klimaschutz einsetzten, nicht kriminalisiert werden.

-Prof. Dr. Martina Klärle

